

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 50 Pfennig pro
3gepaaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 48 .: 33. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 28. November 1919

Inhalt. Beitragsleistung. — Streitigkeiten. — Ver-
bindlichkeitsklärung des Reichstarifs für die Ledertreibriemen-
industrie. — Sattler fest am Achtstundentag! — Die deutschen
Gewerkschaften im Jahre 1918. — Das Sattlerhandwerk im
Munde eines Späters. — Unser Verband im 3. Viertel-
jahr 1919. — Einwendungen der Verwaltungsstellen im
3. Vierteljahr 1919. — Sit im Reichstarif für unsere Zimmungs-
betriebe möglich? — Aus Industrie und Handel. — Korre-
spondenzen. — Adressenänderungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Die für die nächste Nummer bestimmten
Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag
in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 30. Nov. bis 6. Dez.
1919 ist der 49. Wochenbeitrag fällig. Nur
wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche
Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert
sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unter-
stützung aus Verbandsmitteln.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Aus Zweckmäßigkeitsgründen werden die
Kollegen in ihrem eigenen Interesse ersucht,
bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zu-
vor bei der dortigen Ortsverwaltung zu er-
kundigen.

Verbindlichkeitsklärung des Reichs- tarifes für die Ledertreibriemen- industrie.

Auf Verfügung des Reichsarbeitsministe-
riums ist unter dem 17. November 1919 die nach-
stehende Verfügung auf Blatt 256 des Tarif-
registers eingetragen worden.

Der zwischen dem Verband der Ledertreib-
riemen-Fabrikanten Deutschlands G. V. in Berlin,
dem Verband der Sattler und Portefeuillier in
Berlin und dem nachträglich als Vertragsteil-
nehmer dem Tarifvertrag beigetretenen Zentral-
verband christlicher Lederarbeiter Deutschlands in
Frankfurt a. M. am 21. Mai 1919 abgeschlossene
Tarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Ar-
beitsbedingungen in der Ledertreibriemen-
industrie wird gemäß § 2 der Verordnung vom
23. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt S. 1456)
für das Gebiet des Deutschen Reiches für allge-
mein verbindlich erklärt. Die allgemeine Ver-
bindlichkeit beginnt mit dem 1. August 1919.

Der Reichsarbeitsminister.

Sch l i c k e.

Haltet fest am Achtstundentag!

Seit den Novembertagen des vorigen Jahres
sind dem deutschen Volke große wirtschaftliche
und sozialpolitische Errungenschaften zuteil ge-
worden. Von der übergroßen Masse der Ar-
beiterschaft werden diese Vorteile allerdings nicht
voll gewertet, weil trotz alledem die Not des täg-
lichen Lebens nicht nachgelassen hat und dadurch
naturgemäß das Denken und Sinnen der Masse
von Einzelerfolgen, auch wenn sie großen Wert

haben, sich aber erst in künftigen besseren Zeiten
zu großen augenscheinlichen Vorteilen auswirken
können, mehr oder minder abgelenkt wird. Des-
halb ist es nötig, immer wieder den Sinn auf
diese Erfolge zu richten, um darzutun, daß durch
die Revolution manches Große erreicht wurde
und daß es zum Teil nur an Unkenntnis, in der
Hauptache aber an unseren jämmerlichen und
unglücklichen wirtschaftlichen Verhältnissen liegt,
daß diese Erfolge zurzeit nicht von allen Arbei-
tern voll gewertet werden.

Einer der größten Erfolge der Revolution ist
unstreitig der Achtstundentag. Schon vor dem
Ausbruch der Revolution kapitulierte das in-
dustrielle Schwerunternehmertum in dieser Rich-
tung und konzidierte den deutschen Gewerkschaften
den Achtstundentag. Am 15. November 1918
wurde dann die gesamte zwischen den Vertretun-
gen der Arbeiterschaft und des Unternehmertums
getroffene Vereinbarung, darunter der Acht-
stundentag, vom damaligen Rat der Volksbeauf-
tragten ausdrücklich anerkannt. Der Achtstun-
dentag in Industrie, Handel und Verwaltung wurde
mit dem 1. Januar 1919 Gesetz.

Diesen großen wirtschaftlichen Vorteil sollte
das Arbeitsvolk in seinem ganzen Umfange wer-
ten und begreifen. Man denke an die Zeiten
vor dem Kriege. Bei allen Maidemonstrationen,
auf allen größeren Veranstaltungen der Gewerk-
schaften, bei allen ernsthaften Sozialpolitikern
stand der Achtstundentag im Vordergrund aller
wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen.
Und die Gewerkschaften strebten durch ihre Tätig-
keit unablässig diesem Ziele entgegen und waren
auf dem besten Wege, trotz aller Nicken und
Lücken des Unternehmertums und der Staats-
gewalt dem Ziele immer näherzukommen. Und
nun haben wir den Achtstundentag voll durch-
gesetzt, den Achtstundentag, der die Arbeitslosig-
keit vermindert und damit lohnsteigernd wirkt,
der die menschliche Arbeitskraft schont, der
Krankheiten verhütet, die Gesundheit fördert und
damit das Leben verlängert, der der Arbeiter-
schaft Muthe verleiht zur notwendigen Ergänzung
ihres ach so kümmerlichen Wissens, der die wirt-
schaftliche Position der Arbeiter in jeder Weise
stärkt und in gleichem Maße beim Unternehmertum
schwächt.

Wer diese in kurzen Worten ausgedrückte
große Bedeutung des Achtstundentages nicht aner-
kennen möchte, obwohl die Beweise dafür in jeder
Richtung mit größter Leichtigkeit erbracht werden
können, der betrachte das Mühen der Kapitals-
verfechter, die darauf zielen, die tägliche Arbeits-
zeit wieder zu verlängern. Wir erinnern nur
an den famosen Dernburgischen Vorschlag, der
Ueberstunden verlangte, um dadurch unser durch
unfähige Diplomaten, großwahnsinnige Gene-
rale und alldeutsche Kriegshelden zerrüttetes
Staatswesen wieder auf die Beine zu bringen.
Gewiß, Arbeit tut Deutschland bitter not. Aber
schaffe man doch erst mal den tausenden Arbeits-
losen Beschäftigung und dann rüde man mit
diesem Vorschlag heraus! Er hätte dann, obwohl

er der einstimmigen Ablehnung jedes denkenden
Arbeiters sicher wäre, immerhin einen vernünftig
scheinenden Untergrund. So aber wäre die Wir-
kung nur, daß das Geiz der Arbeitslosen nur
noch mehr vergrößert würde . . .

Wir begreifen ohne weiteres, daß die Er-
höhung der nationalen Produktion nötig wäre.
Aber es gibt andere Mittel, diesem Ziele
näherzukommen. Man möge die Arbeitsmetho-
den unter Schonung der menschlichen Arbeits-
kraft möglichst modernisieren, vor allem die Ma-
schinentechnik zur höchsten Vollendung gestalten,
dann wird man zum Ausbau des Achtstundentages
kommen, und zwar nicht im reaktionären Sinne,
sondern in der Richtung einer weiteren Ber-
kürzung der täglichen Arbeitszeit. Stellt alle
fähigen Köpfe in den Dienst dieser großen Sache,
stellt die Maschinen in den Voldienst der Arbeit,
und Produktion und damit Wohlstand und Fort-
schritt werden trotz Achtstundentag gedeihen in
ungeahnter Weise!

Das wäre der einzige Vorschlag, der in dieser
Richtung zu machen wäre, um die Produktions-
fähigkeit zu erhöhen. Die deutsche Arbeiterschaft
aber hat alle Ursache, am Achtstundentag, dieser
vornehmsten wirtschaftlichen Errungenschaft der
Revolution, deren Jahrestag wir in diesen Tagen
begangen haben, unverrückbar festzuhalten. Der
Hinweis auf andere Länder, deren Regierende
diesen Vorteil der Arbeiterschaft noch nicht zuteil
werden lassen, soll und muß uns unberührt
lassen. Sowohl, wir Deutsche wollen vorangehen
auf dem großen Gebiete des Kulturstrebens!
Hierzu gehört in erster Linie ausreichender Ar-
beiterschutz und dessen erstes Erfordernis ist der
Achtstundentag, ohne den jeder Arbeiterschutz,
jede verbesserte Sozialgesetzgebung eine taube
Nuß bleibt!

Wir halten fest am Achtstundentag. Nicht
deshalb, weil er eine Errungenschaft der Revo-
lution ist, sondern weil er der Ausgangspunkt,
die Vorbedingung ist für die Befreiung der arbei-
tenden Klassen aus ökonomischer Knechtschaft und
geistiger Unwissenheit. Das sollte sich vor allem
die Arbeiterschaft merken und ihr Handeln danach
einstellen. Man hört hier und da, daß Arbeiter
in arger Verblendung auf ihr verbürgtes Recht,
auf den Achtstundentag verzichten. Wie unklar
müssen in solchen Köpfen noch die Begriffe sein
über den Wert des Achtstundentages! Diese Ar-
beiter zur Ordnung zu rufen, sie vor allem auf-
zuklären darüber, daß sich solches Tun als stärkste
Verjüngung gegen die Arbeiterklasse selbst rich-
tet, daß damit alle weiteren Errungenschaften der
späteren Zeiten in Frage gestellt werden, gehört
zu unseren dringenden Aufgaben.

Wir sagten, wir wollen v o r a n g e h e n auf
allen Gebieten des Kulturstrebens. Wir sehen,
daß das deutsche Beispiel des Achtstundentages
anfeuernd auch auf die Arbeiterschaft anderer
Länder wirkt. Der Stein ist ins Rollen gebracht.
Und es wird kein Halten mehr geben, bis der
Achtstundentag Gemeingut der Arbeiter des ge-
samten Erdenrunds sein wird.

Wir halten fest am Achtstundentag. Und wir werden ihn gegen alle Angriffe zu verteidigen wissen. Alle Arbeitsgenossen aber, die die Errungenschaft des Achtstundentages nicht als einen vollwertigen Gewinn einzuschätzen wissen, sei ins Gedächtnis gerufen, daß erst der Achtstundentag der Schlüssel ist zur Fortschritte des besseren Wohlergehens, zu besserem Menschsein, zu höherer Kultur, zu erweitertem Wissen, zu größerer Lebensfreude. Sattlet fest am Achtstundentag! Wertet ihn als größte wirtschaftliche Errungenschaft der Revolution, er bildet die erste erfolgreiche Etappe auf dem Wege zur endgültigen Befreiung der arbeitenden Klassen aus Ausbeutung und Kapitalherrschaft!

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1918.

Etwas später als in früheren Jahren geht uns diesmal die Statistische Beilage des „Correspondenz-Blattes“ des Gewerkschaftsbundes zu, in der die Entwicklung unserer deutschen Gewerkschaften im Vorjahre geschildert wird. Die Erklärung hierfür liegt in den allgemeinen Verhältnissen und dem Umfang, den diese Arbeiten angenommen haben. In früheren Zeiten haben wir uns ausführlicher über diesen Werdegang des deutschen Gewerkschaftslebens aussprechen können. Heute fehlt es an Zeit und Raum dafür, und bitten wir, daß die Funktionäre unseres Verbandes, denen das „Correspondenzblatt“ zugeht, dieser Arbeit, die über 30 Seiten einnimmt, etwas größere Beachtung schenken, um diese gewonnenen Kenntnisse an die Mitglieder weitergeben zu können. Für heute nur soviel:

Das Jahr 1918 brachte dem deutschen Wirtschaftsleben starke Erschütterungen, die dem Reich in seinen Grundmauern starke Risse zufügten: von der Hochkonjunktur der Kriegswirtschaft zum fast vollständigen Produktionsstillstand. Hinzu kam der unglückliche Ausgang des Krieges mit der Folgererscheinung in der Revolution. Diese sprengte für Millionen von Menschen die bisherigen Fesseln, und neue Massenströmungen unserer Organisationen zu. Um die Jahreswende entstanden große politische Kämpfe, dem viele wirtschaftliche Natur folgten. Es ist zur Stunde schwer, ein abschließendes Urteil über diese neuzeitlichen Entwicklungen zu bilden. Massenbewegungen zu studieren, kann nicht das Werk von einigen Monaten sein, man wird darüber etwas mehr Zeit verlaufen lassen müssen, um alle diese tausendfältigen Motive erkennen zu können. Genug, die Massenströmungen in Scharen den Gewerkschaften zu, und es wird an den Gewerkschaften nun selber liegen, diese Massen zu führen und sie als wirtschaftlichem, aufbauenden Faktor auszugestalten.

Zu der Entwicklung der Mitgliederzahlen schreibt der Berichterstatter wie folgt:
Der Generalkommission waren 1918 ohne die

Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter, die bisher als Gewerkschaften nicht mitgezählt wurden, 48 Verbände angegeschlossen. Die 48 Verbände hatten zusammen 10 044 Zweigvereine. Die Statistik von 1917 verzeichnete 9309. Mit Einschluß der Zweigvereine des neu hinzugekommenen Eisenbahnerverbandes hat sich die Zahl der Zweigvereine seit 1917 um 735 vermehrt. Die Gewerkschaften haben im 4. Quartal 1918 einen beispiellosen Aufschwung erlebt. Obwohl zu diesem Zeitpunkt Hunderttausende von Mitgliedern sich bei ihren Verbänden noch nicht vom Heeresdienst zurückgezogen gemeldet hatten, wurde am Schluß des Jahres von den der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbänden der höchste Stand der Mitglieder der Vorkriegszeit erheblich überschritten. Nachdem während des Krieges, bis zum 4. Quartal 1916, die Mitgliederzahl mit 934 834 auf den tiefsten Stand gesunken war, machte sich mit dem Beginn des Jahres 1917 eine Aufwärtsbewegung bemerkbar, die nun ununterbrochen anhält.

Den höchsten Stand an Mitgliedern hatten die Zentralverbände am Schluß des 2. Quartals 1918, und zwar mit 2 576 608. Am Ende des Berichtsjahres zählten sie 2 858 053, es wurde mit dieser Zahl der Höchststand um 281 444 überschritten. Am Schluß des Jahres 1917 betrug die Mitgliederzahl 1 264 061. Es ist demnach gegenüber dieser Zahl eine Vermehrung von 1 593 992 Mitgliedern gleich 126 Proz. eingetreten. Nach den von den Verbänden während des Krieges vierteljährlich gemachten Feststellungen über die Zahl der Mitglieder, der Eingezogenen und der Arbeitslosen waren am Schluß des 4. Quartals 1918 1 060 000 Mitglieder als noch nicht vom Heeresdienst zurückgezogen angegeben, während die Statistik für das 3. Quartal die Höchstzahl der Eingezogenen mit 1 412 837 verzeichnet. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist von 330 063 am Ende des Jahres 1917 auf 657 002 am Jahreschluß 1918 gestiegen, sie vermehrte sich um 326 939 gleich 99 Proz. Dieser Prozentsatz steht hinter dem der allgemeinen Vermehrung zurück, während im Vorjahre das umgekehrte Verhältnis zu verzeichnen war. Diese Erscheinung erklärt sich ohne weiteres durch die Rückkehr der männlichen Mitglieder nach dem eingetretenen Waffenstillstand und ihrer Wiederanmeldung bei den Verbänden.

Die Finanzen der Verbände haben sich sehr günstig entwickelt, obwohl die Ausgaben um fast 13 Millionen Mark gestiegen sind. Zu berücksichtigen ist bei der Statistik, daß die Metallarbeiter seit 1915 keine Ausgaben über den Vermögensstand ihrer Organisation machen. Die Gesamteinnahme aller Verbände betrug 59 550 912 Mk., der eine Ausgabe von 41 460 676 Mark gegenübersteht.

Die Ausgaben waren von 1914 bis 1917 entsprechend den verminderten Einnahmen ständig gesunken. Mit dem Jahre 1918 ist nun wieder eine erhebliche Steigerung eingetreten. Das Zurückfluten der Heeresmassen nach eingetretener Waffenstillstand, die damit in Verbindung stehende plötzlich ein-

getretene ungeheure Arbeitslosigkeit stellte die Gewerkschaften vor große finanzielle Anforderungen, deren volle Auswirkungen erst die Jahresstatistik für 1919 erkennen lassen wird. Es wurden 1918 verausgabt: für Unterstützungszwecke (ohne Streifenunterstützung) 16 218 150 (1917: 10 765 192) Mk. Die Herstellungskosten der Verbandsorgane sind von 1 940 760 Mk. im Vorjahre auf 2 699 751 Mk. im Berichtsjahre gestiegen. Die Ausgabe für Unterstützungszwecke ist gegen das Vorjahr um 5 453 958 Mark gewachsen. Der Vorkriegszeit dieser höheren Ausgabe entfällt auf die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. An Arbeitslosenunterstützung wurden 2 583 040 Mk. oder pro Kopf des gesamten Mitgliederbestandes 1,57 Mk. verausgabt, 1917 betrug die Aufwendung dafür nur 719 607 Mk. oder pro Kopf 66 Pf., das ist eine Steigerung von 1 863 433 Mark oder 91 Pf. pro Kopf. Auch die Kosten für die Krankenunterstützung sind erheblich gewachsen. Sie betragen 1918 8 868 225 Mk. oder pro Kopf 5,38 Mark gegen 4 841 575 Mk. oder pro Kopf 4,42 Mk. im Jahre 1917. Es wurde weiterhin an Unterstützung verausgabt: für Reiseunterstützung 35 203 (22 422) Mk., Umzugskosten 117 396 (111 310) Mk., Invalidenunterstützung 517 509 (526 252) Mk., Beihilfe in Sterbefällen 2 006 199 (1 495 928) Mk., Notfallunterstützung 308 257 (267 237) Mk., Unterstützung an Familien von Kriegsteilnehmern 1 645 894 (2 656 712) Mk., Lohnbewegungen und Streiks 472 516 (325 274) Mk. Die Kosten des Rechtschutzes betragen 106 660 (106 420) Mk. und für Unterstützung Gemahregelter wurden 29 767 (17 729) Mk. aufgewendet. Die Ausgabe für Invalidenunterstützung verringerte sich gegen 1917 um 9743 Mk. und die Familienunterstützung um 1 010 818 Mk. Der beträchtliche Rückgang dieser Unterstützungskosten ist wohl darauf zurückzuführen, daß 1918 Unterstützung zum Weihnachtsfest nicht mehr in dem erheblichen Umfang gezahlt wurde, als wie es in den früheren Kriegsjahren geschah.

Der Abschluß der Statistik über die deutschen Gewerkschaften fällt mitten hinein in eine kaum zu überschende Umwälzung und sind bekanntlich die vorgezeichneten Bissen längst wieder überholt. Die Gewerkschaften marschieren und werden für die Kulturarbeiten des 20. Jahrhunderts ausschlaggebend sein, sofern es ihnen gelingt, auf der bisherigen Plattform, einer realen, auf dauernde Wirtschaftspolitik weiter arbeiten zu können. Hoffen wir, daß auch der Bericht für 1919 über gute Erfolge berichten kann.

Unser Verband im 3. Vierteljahr 1919.

Gegenüber dem 2. Vierteljahr ist der Fortschritt in der Mitgliederzahl gering, obwohl 2804 Neuaufnahmen gemacht wurden. Die Situation ist nun einmal das Schmerzenskind unserer Organisation. Wir können sogar damit rechnen, daß namentlich bei den weiblichen Mitgliedern noch ein größerer Rückgang eintreten wird. Es ist bekannt, daß heute noch durch

Das Sattlerhandwerk im Munde eines Spötters. (1. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten!)
Nicht bald hab ich einen schöneren Sattel gesehen / als jenen / auf dem Marдохäus geritten; der stolze Aman hat den frommen Marдохäus bey dem König Äffvero also verfolgt / daß er bereits in seinem Hof einen großen hohen Galgen hat lassen aufrichten / der gänzlich voll ist / daß nicht zwey Tag werde ansehen / daß Marдохäus daran solle gehängt werden / aber geschieht wohl öfter durch sondere Göttliche Verhängnis / daß einer in die Gruben / die er anderen gegraben / selbst elend falle / das Blätel hat sich wunderbarlich gemengt / Aman war der erste Minister zu Hof / Marдохäus ein armer verachteter Tropff / gleichwol mußte das königliche Pferd mit allem erdenklichen Pracht gesattelt werden für den Marдохäus / dieser hat sich gesetzt in den mit Gold gestickten königlichen Sattel: Super equum qui de sella Regis est. (Auf einem Pferde, worauf der König zu reiten pflegt.) Esh. Cap. 6. auch beyneben er Marдохäus in einem königlichen Aufzuge mußte von dem Aman durch die ganze Stadt geführt werden / ist also Aman aus einem Minister ein Stallmeister worden / an dem Galgen aber / welchen er für den Marдохäus hat aufgerichtet / mußte er selbst einen elenden Schwengel abgeben. Daß mit gleicher Mühe ist bezahlt worden jener Reher / mit Namen Perrinus / in der Stadt Genè / dieser / weil er einer aus den Vornehmsten des Raths / hat so viel zuzuegen gebracht / dann man den Altar-Stein aus S. Peters Kirchen daselbst hinweg genommen / und solchen auf die Nichtthat gelegt / worauf die arme Sünder konnten gerichtet werden: Es ist aber eine kleine Zeit angehanden / da ist gedachter vornehmer Raths-Herr aus gerechten Urtheil Gottes der erste gewest /

welchem auf diesem Stein der Kopf ist abgeschlagen worden / und also ihm nicht anders wiederfahren / als wie dem Aman. Brendenbach. I. 1. C. 60.
Alexander der Große hatte ein so stolzes Pferd / welches Bucephalus war genannt / wann selbes sehr herrlich gesattelt worden / es niemand anderen / als den König allein / aufsitzen lassen. Diese Natur sollen alle Geistliche und Gott gewidmete Personen haben / weilen sie sich verpflichtet / nur und allein dem Allerhöchsten zu dienen / also sollen sie alle andere Dienst weigern und ausschlagen / dann also singt der Poet Paschalius: Praeter Alexandrum, cum dorso insiderentat.
Alter, Bucephalus respuit atque fremit.
Nec fua que facris devovit tempora claustris,
Excepto nummi serviat ipse Deo.
(Bucephalus sträubte sich und knirschte, wenn ein anderer, außer Alexander, sich auf seinen Rücken setzen wollte. So soll, wer seine Lebenszeit heiligem Klosterberuf geweiht hat, ausnahmslos keinem dienen als Gott.)
Obgleich die Sattler den Rahmen haben von den Satteln / die sie machen / so ist doch allbekandt / daß sie viel andere schöne Arbeit wissen zu verfertigen / forderist aber machen sie allerlei schöne Gutschen / Nobel-Wagen / Calechen und dergleichen / welche bei jehiger verkehrter Welt fast alle Donath in ein neue Modi schleiffen. Was für ein Sattler jenen Wagen gemacht / in welchem die gottlose Drachonhya zum Zeuffel gefahren / ist mir eigentlich nicht bekandt. Diese lasterhafte Heidin hat Dudmillan und Wenestown / um weilen solche dem wahren Christlichen Glauben zugehan / lassen ihramnich ermorden / dergleichen auch andere Gott geweyhete Priester; da sie nur einest zu Prag ohnweit dem Schloß; eben an demselben Orth / wo noch die Weiner der erwürgten Priester unbegrabener gelegen / in ihren Wagen vorbey gefahren / da hat die Erd ihren Schlund eröffnet /

und Drachonhyan samt Ross und Wagen verschluckt / der einige Gutscher / indem er gleich dazumahl vom Pferd gesprungen / und mit gebogenen Knien in dem höchsten Mar-Geheimniß den wahren Gott verehret / weil er in der nachstantlegenen Capellen bey der Aufwandlerung das Mordel gehört / ist allein mit dem Leben davon kommen / zweifels ohne darumben / weil er das höchste Sacrament angebetet. Duvravian lib. 5.
Den mehristen ist es nicht lieb / wann man sie aus dem Sattel hebt / aber wie Saulus durch ein Stimm / Klang und Donner-Keul vom Himmel aus dem Sattel gehetzt worden / hat er hierdurch den größten Nutzen geschöpft / und solcher gestalten befehlet worden / welches allein der Gnad Gottes zuschreiben; der Fall Pauli ist sein Auferstehung gewest; Gott schick uns mehrmal Nebel / damit wir ergreifen das Gebett / gar oft ist es das beste Mittel selig zu werden / wann er uns die zeitliche Mittel benimbt; sonst trägt der Wider ein Woll / uns aber seynd die Widerwärtigkeiten / die uns Gott schick / lauter Vorkhaten; Gott macht es wie manche Mutter / wann sie mit guten Worten das Kleine Kind nicht kan zu ihr bringen / so schafft sie dem Knecht / er soll den Velly umkehren / ein langnasende Karben vor das Gesicht nehmen / und solcher gestalten in die Stuben treten / kaum daß das Kind dieses Baubau ansichtig wird / da laufft es also bald in die Schoß der Mutter: Wann nicht es alfo bald in die Schoß der Mutter: Wann nicht es Sturm-Wind kommt / so thut sich der Baum nicht biegen / also pflegen wir gemeinlich erst dazumahl die Knie biegen / wann wir einen Sturm müssen auslehen; bey den Welschen haßt Calamita ein Trübsal / und Calamita ein Magnet; bey Gott dem Allmächtigen ist die Trübsal / die er uns schick / ein Magnet / mit dem er uns zieht / darum mancher mit dem David sagen kan: Bonum mihi / quia humiliasti me. (Es ist zu meinem Besten, daß Du mich pedemütigt hast.) (Fortsetzung folgt.)

die Erwerbslosenfürsorge, die teilweise durch unsere Ortsverwaltungen ausgeführt wird, ein beachtlicher Teil von weiblichen Mitgliedern in unseren Listen geführt wird, der beruflich gar nichts mehr mit uns zu tun hat, noch überhaupt einmal in Frage kommt. Den Neuaufnahmen folgen also 2269 Ausschlüsse gegenüber und ist demzufolge die Mitgliederzahl von 23 882 nur auf 24 296 gestiegen, davon 5451 weibliche gegenüber 5575 im 2. Vierteljahr. An Eintrittsgeldern wurden 982,20 Mk. eingenommen. Die Beitragsleistung bei den männlichen Mitgliedern ist in Anbetracht der immerhin noch starken Arbeitslosigkeit im 3. Vierteljahr als gut zu bezeichnen und wurden annähernd 11 Beiträge pro Kopf gezahlt, gleich einer Summe von 141 458,80 Mark. Bei den weiblichen Mitgliedern betrug die Durchschnittsleistung knapp über 9 Beiträge, also eine sehr minimale Leistung, die darauf schließen läßt, daß die Reihen dieser Mitglieder sich noch etwas lichten werden. Die Gesamteinnahmen an Beiträgen betragen 162 432,50 Mk. Von dieser Einnahme und den Beständen der Ortsgruppen wurden 156 781,49 Mk. an die Hauptkasse gesandt. Diesen Einwendungen steht ein Zufluß an die Ortsverwaltungen von 47 707 Mk. gegenüber, der infolge der großen Streikausgaben angefordert wurde. Die Arbeitslosenunterstützung ging gegenüber dem 2. Vierteljahr stark zurück und wurden 19 984,65 Mk. dafür ausgegeben. Auch die Krankenunterstützung erforderte etwas weniger und zwar 5267 Mk. Unter Sinszurechnung von 23 409,44 Mk. für örtliche Verwaltungsausgaben betragen die Ausgaben der Ortsverwaltungen 206 923,23 Mk.

In der Hauptkasse stehen die Streikausgaben mit 51 927,51 Mk. an erster Stelle und der oben erwähnte Zufluß. Eine ins Gewicht fallende Ausgabe verursachte auch der Verbandstag mit 28 031 Mk., und betrug die Gesamtansgabe der Hauptkasse im vorjährigen Vierteljahr 237 953 Mk. Hierdurch ging unser Kassenvermögen um 54 000 Mk. zurück. Dieser Rückgang ist aber gemessen an den großen Anforderungen gering und dürfte das laufende Vierteljahr einen guten Ausgleich bringen.

Die Lokalkassen hatten eine Einnahme von 50 050 Mk., der eine Ausgabe von 52 832 Mk. gegenübersteht, so daß ein kleiner Rückgang im Gesamtvermögen eingetreten ist. Die Ausgaben verhalten sich vornehmlich auf die Zuschüsse zu der Arbeitslosenunterstützung, die 11 161 Mk. betrug und bei der Streikunterstützung sogar die Höhe von 23 557 Mk. erreichte. Außerdem wurden 10 355 Mk. zu den örtlichen Verwaltungskosten zugeschossen.

Einwendungen der Verwaltungsstellen im 3. Vierteljahr 1919.

- Alpolda 95,—; Ansbach 74,45; Aachen 154,10; Arnstadt 150,50; Augsburg 650,40; Bad Sachsa 71,40; Bamberg 184,60; Bayreuth 545,—; Bayreuth 220,—; Berlin 572,76; Bielefeld 2296,20; Bonn 110,25; Bochum 87,60; Brandenburg 948,30; Braunschweig 422,45; Bitterfeld 318,50; Breslau 1800,—; Briesa 53,40; Cottbus 153,75; Chemnitz 550,—; Cöthen 45,90; Danzig 749,10; Düren 54,05; Dessau 322,10; Dresden 2600,—; Duisburg 212,20; Dortmund 216,75; Düsseldorf 700,—; Ebersfeld 500,—; Elbing 282,90; Erfurt 382,15; Erlangen 600,—; Eisen 600,—; Finsterwalde 39,—; Frankfurt a. M. 2315,58; Freiberg 839,30; Fürstentum 167,55; Glauchau 214,85; Graudenz 122,20; Gleiwitz 244,20; Gera (Neuß) 100; Gera (Gotha) 262,45; Gelsenkirchen 93,—; Grünberg 325,—; Görlitz 1693,—; Güstrow 200,—; Gießen 153,20; Gummersbach 183,60; Hagen 140,—; Halle 1109,—; Halberstadt 131,90; Hamburg 2127,75; Hannover 500,—; Harnett 186,80; Haynau 150,—; Herford 3,—; Hübner 20,80; Heilbronn 290,30; Greifswald 125,30; Gießheim 111,70; Gunzig 482,95; Gena 282,95; Kaiserlautern 300,—; Karlsruhe 495,—; Kassel 1390,80; Kiel 406,30; Kilm 1524,95; Konstanz 694,30; Köslin 43,65; Kuppenheim 877,50; Koblenz 200,—; Lengenfeld 83,—; Leipzig 2736,10; Liegnitz 310,60; Lomberg 172,65; Magdeburg 500,—; Mainz 876,65; Mannheim 900,—; Lübeck 157,50; Lippstadt 655,—; Mühlhausen 600,—; Müllrose 205,40; Münster 384,20; Mühlheim (Ruhr) 883,10; München 3163,15; Meerane 183,50; Niederhiesheim 122,25; Nürnberg 1715,45; Oberneufkirch 194,10; Offenbach 17 558,46; Oschatz 149,80; Oßersleben 204,06; Osnabrück 133,20; Pegau 38,56; Penig 114,—; Potsdam 245,—; Rathenow 156,75; Remscheid 155,40; Reutlingen 349,30; Rostock 181,60; Rothenburg 592,70; Rochlitz 74,85; Solingen 819,03; Stettin 1040,—; Straßfurt 200,—; Stolp 229,40; Striegau 277,70; Stuttgart 1500,—; Uetersen 247,70; Ulm 1062,05; Varel 184,80; Würzburg 276,15; Wismar 150,—; Witten 95,45; Zeitz 922,85; Zerbst 35,—; Zossen 48,—; Zwickau 800,— Mk.
- Von den Beitragsstellen erübrigt und an die Hauptkasse gesandt: Augsburg 1,35; Bad Sachsa 5,65; Bielefeld 13,55; Briesa

- 2,—; Cottbus 5,35; Dessau 17,25; Eisenach 15,—; Frankfurt a. M. 67,06; Gießen 4,30; Güstrow 4,55; Hagen 0,13; Halberstadt 2,20; Hof 1,28; Hünzig 13,13; Greifswald 10,80; Konstanz 1,50; Kuppenheim 6,—; Mühlhausen 0,06; Müllrose 22,35; Oberneufkirch 3,60; Penig 8,14; Rathenow 1,05; Rochlitz 4,08; Striegau 2,95; Zossen 0,82 Mk.

Der Kassierer: Alfred Riedel.

Ist ein Reichstarif für unsere Innungsbetriebe möglich?

Der Artikel unter obiger Ueberschrift in Nr. 44 unserer Zeitung ist wichtig genug, eingehend behandelt zu werden. Die Notwendigkeit, für handwerksmäßige Kleinbetriebe einen Reichstarif zu schaffen, ist nicht schwer zu begründen, aber die Durchführung ist nicht leicht.

Zunächst einiges über die Notwendigkeit. Jeder Kollege, der in einem Kleinbetrieb, ob in der Stadt oder auf dem Lande, gearbeitet hat, der kennt die Mißstände, die in diesen Betrieben herrschen. Unwürdige Behandlung, niedrige Löhne, teils mit mangelhafter Kost und Logis, unregelmäßige Arbeitszeit usw. Wohl in keiner Branche unseres Vaterlandes ist die Entlohnung so verschiedenartig als in den Innungsbetrieben. Zum Beispiel schwanken die Stundenlöhne in Hamburg in Kleinbetrieben zwischen 1,50 Mk. (für Ausgelernte) und 2,90 Mk., der Durchschnitt ist 2,50 Mk. Diese Ungleichheit der Entlohnung liegt weder im Interesse der Arbeitgeber, noch der Arbeitnehmer, und ist nur geeignet, die vielgeschmähte Schmutzkonzurrenz zu fördern.

Ein Reichstarif könnte hier besser wirken. Wenn die Harmoniebestreben in den Kleinbetrieben nicht so groß wäre, könnten derartige Zustände auch nicht einreichen.

Der Einführung eines Reichstarifs werden sich manche Schwierigkeiten in den Weg stellen. Da es auch Orte ohne Innungen gibt, müßte in der Zeichnung eingefügt werden, „handwerksmäßige Kleinbetriebe“.

Es gibt sogenannte freie Innungen und Zwangsinnungen. Freie Innungen haben ihre Mitglieder in der Regel in einer Stadt, während der Wirkungskreis einer Zwangsinnung sich häufig auf große ländliche Gebiete und mehrere Städte erstreckt. Diese Tatsachen erschweren die Klassifizierung der Löhne sehr. — Eine Kontrolle über gewissenhafte Einführung des Tarifs ist schwer, erscheint mir aber notwendig. — Die Verschmelzung mit den Tapezierern kann der Sache nur dienlich sein, schon jetzt bestehen in kleinen und mittleren Städten gemeinschaftliche Tarife für beide Berufe, ob Einheitstarife, entzieht sich meiner Kenntnis.

Die Ueberzeugung von der Notwendigkeit eines Reichstarifs für Kleinbetriebe muß alle Schwierigkeiten bei der Einführung überwinden. Darum Kollegen allerorts agitiert für einen Reichstarif der Innungsbetriebe.

E. Reinau.

Aus Industrie und Handel.

Verfälscherung der deutschen Ware nach dem Ausland. Vor wenigen Wochen, gelegentlich unserer Tarifankündigung in Offenbach a. M., sprachen wir in einer Unterhaltung über die Aussichten für unser Gewerbe die Befürchtung aus, daß infolge der niedrigen Verkaufspreise der Lederwaren wir mit dem Ausland in Konflikt kommen werden, ohne uns in Deutschland und auch den Arbeitern etwas nützen zu können. Kurze Zeit darauf veröffentlichte die „Lederindustrie“ einen Artikel auf Veranlassung des Verbandes deutscher Lederwaren-Industrieller (Sitz Offenbach), der in der „Frankfurter Zeitung“ Aufnahme gefunden hatte. Diese Ausführungen sind von so allgemeinem Interesse, daß wir sie auszugeweiht auch unsern Lesern hiezu unterbreiten. Es heißt da:

„Es ist eine in allen wirtschaftlich einsichtigen Kreisen als bedauerlich empfundene Tatsache, daß der deutsche Produzent und Händler in sehr zahlreichen Fällen noch immer die deutsche Ware viel zu billig nach dem Auslande verkauft. Auch die Erfahrungen der Frankfurter Messe lehren, daß dieser Mißstand ganz allgemein ist. Vielfach heißt sich die Preisstellung für den Verkauf nach dem Auslande sogar auf der Höhe der Inlandspreise für den heimischen Konsum, sehr häufig werden nur ganz ungenügende Auslandszuschläge von 25 oder 50 Proz. festgesetzt. Aus solcher Uebung, die sich zum Teil wohl aus Unkenntnis weiter deutscher Kaufmannskreise über die Preisverhältnisse am Weltmarkt erklärt, entstehen schwere Schädigungen und Gefahren. Der zu billige Auslandspreis kommt einer Verfälscherung deutschen Nationalvermögens gleich, und das in einer Zeit, in der wir unter dem eisernen Zwang leben, jede, aber auch jede Hilfsquelle zu unserer Erstarkung soviel wie irgend möglich auszunützen. Gleichzeitig aber schafft

uns der zu billige Verkauf nach dem Auslande dort starke und berechtigte Gegnerschaft. Dort wird die überaus billige (durch die Wäluverhältnisse!) deutsche Ware als „dumping“ empfunden, dort bedroht diese Ware wegen ihrer Billigkeit die lokalen Produktionen, verurteilt sie zur Konkurrenzunfähigkeit zu Verlusten und zu Arbeitslosigkeit. Wir tun also auch dem Auslande keinen Gefallen, wenn wir zu billig verkaufen, wenn wir nicht den Weltmarktpreis bei unseren Preisstellungen im Auslandsverkehr bis zu einer gewissen Grenze folgen. Diese Grenze liegt dort, wo der Preis der deutschen Ware unter Berücksichtigung der Wäluverhältnisse dem ausländischen Interessenten noch einen angemessenen Anreiz zum Erwerb der deutschen Ware läßt. Nur auf diese Weise läßt sich ein die deutschen Gesamtinteressen und die Interessen des Auslandes gleichmäßig berücksichtigender Handelsverkehr erzielen. Um das zu erzielen, wird eingehende Aufklärung aller Kaufmanns- und Industriekreise notwendig sein.“

Korrespondenzen.

Erfurt. In unserer letzten Mitgliederversammlung am 14. November entspann sich eine längere Debatte über den Reichstarif für die Lederwarenindustrie. Es wird allgemein bedauert, daß er bis jetzt noch nicht erschienen ist, da er doch bereits seit 1. Oktober Gültigkeit besitzt. Dem Zentralvorstand und der Tarifkommission blieb der Vorwurf nicht erspart, hierbei nicht mit der nötigen Energie vorgegangen zu sein. (Num. der Red. Daß der Vorstand am 24. Oktober noch in Verhandlungen stand und daß die Unterschrift einzelner Unternehmervereinigungen erst Anfang November zu bekommen war, scheinen die Erfurter Kollegen nicht berücksichtigen zu wollen.) Sehr scharf wurden auch die geringen Mindestlöhne, namentlich für die Hilfsarbeiterinnen, kritisiert, da dieselben doch mit der jetzt herrschenden Teuerung nicht in Einklang zu bringen sind. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 14. November im „Weimarischen Hof“ tagende Mitgliederversammlung nimmt Kenntnis von dem Reichstarif für die Lederwarenindustrie. Sie beurteilt aufs schärfste die geringen Lohnsätze, namentlich für Hilfsarbeiterinnen. Die Versammlung beauftragt deshalb den Zentralvorstand, sofort die nötigen Schritte zu unternehmen, um der herrschenden Teuerung einigermaßen gerecht zu werden. Entwerfer dadurch, daß sofort in neue Verhandlungen eingetreten wird über die Löhne der Hilfsarbeiterinnen, oder daß Erfurt in die erste Lohnklasse versetzt wird.“

Dann wird Stellung genommen zur Beitragsleistung. Nach lebhafter Aussprache wurde der Beschluß gefaßt, für Erfurt einheitlich den Beitrag der zweiten Klasse zu erheben.

Weiter macht der Vorsitzende bekannt, daß der Gauleiter Kollege H. Busch am Freitag, den 23. November, eine Agitationsversammlung abhält, um die noch abwärts stehenden Kollegen bei den Kleinmeistern zur Organisation zu gewinnen. Das nötige Material dazu wird verteilt.

Auf die in letzter Versammlung gestellte Anfrage antwortet der Kassierer, daß von jetzt ab die weiblichen Mitglieder regelmäßig die „Sattlerzeitung“ an Stelle der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ erhalten. Kollege Eichhorn regt an, daß die Verbandszeitung auch in Versammlungslokale ausgesetzt wird. Dem soll entsprochen werden. An die hiesige Fabrikantenvereinigung soll der Antrag auf eine Wirtschaftsbefehle gestellt werden, und zwar bis 16 Jahre 100 Mk., bis 18 Jahre 130 Mk., bis 21 Jahre 180 Mk. und über 21 Jahre 250 Mk., außerdem noch für jedes Kind 30 Mk.

Essen a. Ruhr. Am 15. November fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die sich hauptsächlich mit der Erhebung eines Einheitstarifs sowie eines Lokalzuschlages zu beschäftigen hatte. Zu diesem Punkt stellte Kollege Schäfer den Antrag: „Die Beitragsklasse von 1 Mk. sowie 10 Pf. Lokalzuschlag zu erheben.“ Der Antragsteller begründete seinen Antrag damit, daß man den Essener Kollegen nicht zumuten könne, die höhere Beitragsklasse zu zahlen, zumal in unserem Reichstarif die Stadt Essen mit ihrer halben Million Einwohner in die zweite Ortsklasse gesetzt worden ist. Ferner sei es unverständlich von unseren Kollegen, die in der Tarifkommission gesessen haben, trotz unserer früheren Proteste, Essen dennoch so schmächtig zu behandeln.

In der Diskussion über diesen Antrag sprachen verschiedene Kollegen sogar dafür, dem Hannoverstand so lange die Beiträge zu sparen, bis Essen zum mindesten den anderen Städten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die in der höheren Ortsklasse sind, gleichgestellt ist.

Kollege Berger bekämpfte den Antrag in der Weise, daß den Kollegen, die abstimmt sind, die höhere

Beitragsklasse zu zahlen, durch den Antrag Schäfer die Möglichkeit dadurch genommen wird und stellt den Antrag, beide Beitragsklassen mit einem Lokalzuschlag von 10 Pf. für Essen gelten zu lassen. Dagegen sprach sich auch der Redner in scharfen Worten die Handlungsweise der Tarifkommission, daß Essen in die 2. Ortsklasse eingestuft worden ist. Ferner werden wir durch die Verschmelzung der Tapezierer mit unserem Verband nochmals zur Regelung der Beitragsfrage Stellung nehmen müssen und empfiehlt seinen Antrag zur Annahme. Verschiedene Redner bekräftigten den Antrag Schäfer, da dieser Antrag als Demonstration gelten soll, daß man uns in die 2. Ortsklasse gesetzt habe. Es erfolgt nunmehr die Abstimmung über den weitgehenden Antrag Berger, derselbe wurde gegen 5 Stimmen abgelehnt, dagegen der Antrag Schäfer gegen 4 Stimmen angenommen.

Als weiterer Punkt stand unser Reichstarif der Ledertwarenbranche zur Verhandlung. Da schon beim Punkt Beitragsfrage der Reichstarif eingehend mit-erörtert worden war, wurde das Verhalten einiger Firmen zwecks Bezahlung des Tarifs erörtert. Ferner gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die heute außerordentlich gutbesuchte Versammlung der Filiale Essen spricht ihre Enttäuschung aus, daß Essen in die 2. Ortsklasse gesetzt worden ist. Die Kollegen sprechen der Tarifkommission jede Kenntnis ab, wie es hier mit der Heranschaffung von Lebensmitteln bestellt ist, denn jeder weiß, daß gerade im Herzen des Industriegebietes die Lebensbedürfnisse teurer sind wie im übrigen Deutschland. Ferner zwingt uns das Verhalten einzelner Firmen mit zu diesem Protest, da dieselben unsere Kollegen nur nach dem Mindestlohn erschlohen. Wir Essener fühlen uns daher schwer geschädigt und fordern von der Tarifkommission, die Filiale Essen mit den anderen Städten Köln, Düsseldorf, Elberfeld und Wuppertal in die gleiche Ortsklasse zu setzen. Als Grund sollte die Tarifkommission darauf Bezug nehmen, daß alle Gewerkschaften, staatliche Betriebe, wie Post und Eisenbahn, sämtlich der ersten Ortsklasse angehören.“

Sodann erstarrte Kollege Schäfer den Kartellbericht, woran sich auch eine rege Aussprache schloß, da in der Kartellführung ein Vortrag gehalten wurde über „Syndikalismus und Zentralismus“. Die meisten Kollegen sprachen sich dafür aus, der Propaganda der Syndikalisten entgegenzutreten und für die Ausbreitung unserer Gewerkschaften zu agitieren. Hierauf folgte Schluß der gutbesuchten Versammlung. Anwesend 56 Kollegen.

Hamburg-Altona. In der am 13. November 1919 im Gewerkschaftshause laudenden außerordentlichen Versammlung wurde zur zukünftigen Gestaltung der Beiträge einschließlich Lokalzuschläge Stellung genommen. Zwei diesbezügliche Anträge der Ortsverwaltung fanden einstimmige Annahme. Außerdem wurde die Wahl des Ortsbeamten vorgenommen, und zwar wurde Kollege Dreyfus mit 161 von 183 abgegebenen Stimmen gewählt. Der Vorsitzende verbreitete sich in längeren Ausführungen über die Aufgaben des Ortsbeamten, und hält es im Interesse einer guten Entwicklung des Gaus für zweckmäßig, wenn der Sitz desselben nach hier verlegt wird und die Leitung dem hiesigen Ortsbeamten übertragen wird. Durch einstimmige Annahme folgenden Antrages erklärte die Versammlung ihr Einverständnis zu dieser Sache. „Die Versammlung beantragt beim Zentralvorstand, daß die Gauleitung für den Gau Hamburg ab 1. Januar 1920 wieder nach Hamburg verlegt und die Arbeiten des Gauleiters dem Hamburger Ortsbeamten übertragen wird. Für dieses Amt beantragt die Versammlung einen angemessenen Zuschuß. Der Einwand des Zentralvorstandes, mit der Verlegung bis nach der Verschmelzung zu warten, ist schon deshalb hinfällig, weil der Gauß des Tapeziererverbandes in Hamburg ist und eine gemeinschaftliche Bearbeitung des Gaus der Verschmelzung nur förderlich sein kann. Die Verlegung ist auch deshalb notwendig, weil die meiste Kleinarbeit im Gau nach dem Kriege von der hiesigen Ortsverwaltung schon gemacht worden ist.“

Offenbach a. M. Am Montag, den 10. November, tagte im Stadtgarten eine von 200 Kollegen, darunter einige Kolleginnen, besuchte Mitglieder-versammlung. Kollege Wolter gab die Abrechnung vom 3. Quartal. Gesamtannahme 23 328 Mk., Ausgabe: Reiseunterstützung 6 Mk., Arbeitslohnunterstützung 1230,25 Mk., Krankenunterstützung 668,50 Mk., Beerdigungsbeihilfe 125 Mk., Streifenunterstützung 61 Mk., Kosten für Lohnbewegung 883,84 Mk., örtliche Verwaltung 3266,21 Mk., an die Bezirkskasse 2841,25 Mk., an die Hauptkasse 14 245,95 Mk., Lokalkassenbestand 2182,12 Mk. Der Mitgliederbestand stieg von 1954 männlichen und 757 weiblichen auf 2036 männliche und 838 weibliche Mitglieder.

Ueber die am 16. November stattfindende Bezirkskonferenz gab Kollege Krüger an der Hand der in der Ortsverwaltung Offenbach in dieser Sache bereits gepflogenen Beratungen einen Ueberblick über die geplante Festsetzung der Verbands- und Lokalbeiträge sowie über Lokalanterstützungen ab 1. Januar 1920. Zur Konferenz wählte die Versammlung außer den Mitgliedern der Ortsverwaltung und den Revisoren noch 8 Kollegen als Delegierte.

Als Ersatz für zwei ausgeschiedene Mitglieder der Unterkommission der Arbeitsgemeinschaft wurden die Kollegen H. Seeger und Karl Holzhausen gewählt. Kollege Galun glaubte den Eintritt dieser beiden Kollegen auf die unkorrekte und schwächliche Haltung der Arbeitnehmerbeisitzer der Arbeitsgemeinschaft zurückzuführen zu müssen, was von anderer Seite bestritten wurde, da der eine aus Gesundheitsrücksichten und der andere wegen Berufstätigkeit zurückgetreten ist. Kollege Wurm gab Kenntnis von dem Schreiben eines Beisitzers der Arbeitsgemeinschaft betreffs des Verhaltens bei Festsetzung von Affordpreisen in den Betrieben, um die Inanspruchnahme dieser Kommission nicht unnützig in Anspruch zu nehmen. Kollege Böß gab auf Grund

der Erfahrungen in seinem Betriebe ein muster-gültiges Beispiel, wie bei Affordfestsetzungen zu verfahren ist. Zum Schluß machte Kollege Krüger auf unserm am 6. Dezember stattfindenden Baufesttag aufmerksam und ersuchte um rege Teilnahme an demselben. Eine Anregung wegen Veranlassung einer Verlojung in Sattler- und Portefeullerwaren fand keine Gegenliebe.

Adressenänderungen.

Entheim, Vorsitzender Jean Bingemer, Regelbahnstraße 38.

Sterbetafel.

Dresden, Arno Büttig, 49 Jahre alt.
Hamburg, L. Korbeck, Joh. Schröder.
Offenbach a. M., Joh. Sattler in Gaimhausen.
Aim a. D., Alb. Braunhuber, 61 Jahre alt.
Ehre ihrem Andenken.

Das Bureau der Ortsverwaltung Hamburg

befindet sich ab 1. Dezember im **Gewerkschaftshaus, Reichsrunderhof 57 V, Zimmer 75.** Geöffnet von 9—1 und 3—6 Uhr. Alle für den Verband bestimmten Einwendungen sind nur an diese Adresse zu richten.

Zahlstelle Spandau.

Am 3. Dezember findet bei Steinich, Wismarstraße 7, abends 8 Uhr, die Monatsversammlung statt. Tagesordnung wird dortselbst bekanntgegeben. Die Ortsverwaltung.

Eine Sattlerei

ist wegen Todesfall mit Wohnung sofort zu vermieten. Sichere Existenz. Frau Trautz, Maffow in Pommeru.

Spezialarbeiter für Manschettensabrik

gesucht. Chiff. 184 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Züchtiger Reise- und Damentaschenmacher

von größerer Ledertwarenfabrik sofort gesucht. Anfragen u. K. B. 100 a. d. Exp. d. Ztg.

Zücht. Portefeuller
auf Beudstaschen und weiche Sachen, sowie **perfekte Stepperinnen**

bei hohem Lohn und dauernder Stellung verlangt Offerten unter Nr. 182 an die Expedition d. Blattes

Fachbücher für Sattler.

- Bergerhoff, Der moderne Tapezierer, broschiert 10,90 Mk., gebunden 13,70 Mk.
 - Bücheler, Das praktische Polsteren, gebunden 11,40 Mk.
 - Bücheler, Wie legt und behandelt man Linoleum, gebunden 4,80 Mk.
 - Heilborn, Das deutsche Sattlerhandwerk. In 3 Mapp 25,25 Mk.
 - Kausch, Der Wagenfabrikant, broschiert 13,— Mk., gebunden 18,05 Mk.
 - Kausch, Der praktische Sattler, broschiert 17,20 Mk., gebunden 20,85 Mk.
 - Reibefahl, Der Automobil- und Luftschiffattler, broschiert 5,90 Mk., gebunden 8,— Mk.
 - Reuter, Die Schule des Tapezierers, broschiert 10,90 Mk., gebunden 16,95 Mk.
- Bei Einsendung des Betrages portofreie Zusendung. Für Postnachnahme 65 Pf. Zuschlag.
Joh. Sassenbach, Berlin 16, Engelauer 15.

Die besten Wertzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität **Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.**
Gegründet 1880.
Preislisten S. P. gratis und franco.

Noch zu haben im Selbstverlage des Verbandes der Sattler und Portefeuller eine 88 Seiten starke Broschüre:

Unser Kriegsbuch

Eine Darstellung der Kriegswirkungen im Sattler- und Portefeullergewerbe u. Erstattung des Verwaltungsberichtes über die Jahre 1912 bis einschließlich 1918 an den Verbandstag in Nürnberg am 15. September 1919

Von P. Blum

Der Preis des reichhaltigen Buches ist 2 Mark
Verbandsmitglieder können das Buch durch 50 Pf. beziehen. ihre Ortsverwaltung für 50 Pf. Der Vorstand.